

ANTRAG 07:

**BEAUFTRAGTE FÜR DAS
BÜRGERSCHAFTLICHE
ENGAGEMENT FÜR BERLIN**

**BESCHLUSS DER CDU-FRAKTION BERLIN
SONNTAG, 15.04.2018**

CDU

FRAKTION
BERLIN

Anlaufstellen für Ehrenamtliche sowie Institutionen, die Engagierte beschäftigen, sind die Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbüros. Neben den klassischen Informations- und Beratungsangeboten werben die Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbüros öffentlichkeitswirksam für das Bürgerschaftliche Engagement, organisieren Netzwerktreffen und unterstützen Organisationen bei der Rekrutierung, Koordination und Ausbildung der Ehrenamtlichen. Aufgrund dieser wichtigen Aufgaben gilt es, diese bezirklichen Institutionen finanziell angemessen zu stärken.

Allein eine monetäre Aufwertung der bezirklichen Rahmenbedingungen kann die anstehenden Herausforderungen in der Freiwilligenarbeit jedoch nicht bewältigen. Es muss eine strukturelle Weiterentwicklung der engagementfördernden Infrastruktur erfolgen. Die CDU-Fraktion Berlin fordert daher die Einsetzung von eigenständigen Beauftragten für das Bürgerschaftliche Engagement in den Bezirken.

Bündelung der vorhandenen Aktivitäten direkt beim Bezirksbürgermeister

Ebenso wie in anderen Bereichen, beispielsweise der Arbeit mit Menschen mit Behinderung, soll ein Beauftragter für das Bürgerschaftliche Engagement zum Wohle der im Bezirk lebenden Engagierten arbeiten. Die vielfältig vorhandenen lokalen Aktivitäten sollen an einer zentralen Stelle gebündelt werden. Eine eigens für das Bürgerschaftliche Engagement beauftragte Person soll in engem Kontakt zu den regionalen Initiativen stehen. Sie ist ständiger Ansprechpartner für Belange rund um das Ehrenamt und damit Koordinator aller Maßnahmen der bezirklichen Freiwilligenagentur bzw. des Ehrenamtsbüros. Derzeit sind die Agenturen an unterschiedlichen Stellen mit dem Bezirksamt verbunden. Während in einigen Bezirken das Ressort Soziales die Mitverantwortung trägt, liegt die Zuständigkeit anderswo bei der Bezirksbürgermeisterin bzw. dem Bezirksbürgermeister. Ein bezirksübergreifender Austausch findet nicht zuletzt aus diesem Grund nur selten statt. Die CDU-Fraktion Berlin fordert die Ansiedlung der Beauftragten für das Bürgerschaftliche Engagement als Stabsstellen beim Bezirksbürgermeister.

Bezirksübergreifende Korrespondenz

Eine regelmäßige Korrespondenz zwischen den Beteiligten der verschiedenen Bezirke würde sich auf alle Bereiche der Ehrenamtsarbeit positiv auswirken. Zum einen könnten Fortbildungsangebote quantitativ und qualitativ weiterentwickelt werden. Durch die

Bündelung von Fachkompetenzen und die Identifikation von Lernbedarfen könnten passgenaue Weiterbildungsformate entwickelt und beworben werden. Auch könnte der Erfahrungsaustausch zur Übernahme von u.a. Strategien und Programmen dienen.

Darüber hinaus wären gemeinsame Werbeaktionen denkbar. Zur Bewältigung der kontinuierlichen Herausforderung der Gewinnung neuer Engagierter generell und neuer Zielgruppen im Speziellen sind bezirksübergreifende Maßnahmen besonders vielversprechend. Eine Verknüpfung des Wissens- und Erfahrungsschatzes der jeweiligen Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbüros ermöglicht die Organisation zielgerichteter Maßnahmen zur Ehrenamtsgewinnung. Auch über den bezirksübergreifenden Einsatz der Engagierten sollten nachgedacht werden. Unter gewissen Umständen könnten so Defizite ausgeglichen werden und sich möglicherweise auch eine neue Qualität der Attraktivität für bestimmte Tätigkeiten verfestigen.

Stabile Infrastruktur

Neben den zur ehrenamtlichen Tätigkeit bereiten Menschen komplettieren finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen und vorhandene Räumlichkeiten die Grundpfeiler der Engagementpolitik. Den Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement soll hier eine wichtige aufklärende Aufgabe zukommen. Sie sollen sowohl die Engagierten als auch die Institutionen, die mit Ehrenamtlichen zusammenarbeiten, umfassend informieren. Neben den finanziellen Fördermöglichkeiten spielen hier insbesondere rechtliche und versicherungstechnische Belange eine Rolle. Die Verfügbarkeit von Räumlichkeiten ist unabdingbarer Bestandteil einer stabilen engagementfördernden Infrastruktur. Die Beauftragten sollen dafür Sorge tragen, die verfügbaren Einrichtungen im Bezirk zu identifizieren und deren Raumangebote an die Institutionen zu publizieren. Hier kommt ihnen schließlich außerdem eine Unterstützungsfunktion bei der Reservierung der jeweiligen Räume zu.

Eine weitere Aufgabe der Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement wäre auch die Zusammenführung von Migrant*innenorganisationen und der im Bezirk vorhandenen überregional tätigen Freiwilligenagenturen der Wohlfahrtsverbände (Diakonie, Caritas und AWO).

Mit diesem Antrag setzt sich die CDU-Fraktion für die flächendeckende hauptamtliche Bündelung von bezirklichen Ehrenamtsstrukturen ein. Diese Professionalisierung ist

dringend notwendig, um das Bürgerschaftliche Engagement auch in Zukunft für viele Menschen attraktiv gestalten zu können. Die Finanzierung eines Vollzeitäquivalentes zur Einsetzung eines Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement für jeden Bezirk ist durch den Landeshaushalt abzusichern.

Unpolitisch: Wirkung in beide Richtungen

Die Position der Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement ist besonders für die öffentlichkeitswirksame Wahrnehmung der Ehrenamtskultur wichtig. Strukturell kann sie jedoch wenig zur Entwicklung des Engagements beitragen. Unpolitische Beauftragte sind frei verfügbar, immer ansprechbar und haben direkten Kontakt zu den lokalen Initiativen vor Ort. Sie sind unbefangen und sollen auch als Berater in die Verwaltung hinein agieren. Vor diesem Hintergrund sollen die Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement jährlich Berichte an die Staatssekretärin und das Berliner Abgeordnetenhaus verfassen. Darin müssen Stärken und Schwächen, Chancen und Potenziale sowie Entwicklungstrends erkenntlich sein. Ein weiterer Vorteil der flächendeckenden Verfügbarkeit von Beauftragten wäre die Beratung und Unterstützung von Mitarbeitern im Öffentlichen Dienst im Bereich Ehrenamt.

Wir verstehen die Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement als Impulsgeber. Mit ihren aus der Praxis gewonnenen Ideen sollen sie die Rahmenbedingungen des Engagements verbessern, zur wichtigen Vernetzung von Ehren- und Hauptamt beitragen und sowohl den Initiativen als auch der Verwaltung als kompetente Ansprechpartner ständig zur Verfügung stehen.

Herausgeber: CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin
Tel.: (030) 23 25 - 21 15 | Fax: (030) 23 25 - 27 65